

25. / 11. 1915

Eine Konsumentendeputation beim Ministerpräsidenten und beim Minister des Innern.

Gestern mittag begab sich eine Abordnung der im Niederösterreichischen Gewerbeverein tagenden Kriegskommission für Konsumenteninteressen, bestehend aus den Herren Regierungsrat Fritsch, Sekretär Raff und Frau Granitsch, in das Ministerratspräsidium, wo sie in Verhinderung des Ministerpräsidenten vom Ministerialrat v. Ehrhart empfangen wurde. Sodann sprach die Abordnung beim Minister des Innern Freiherrn von Seibold vor.

Au beiden Stellen überreichte die Abordnung eine Eingabe betreffend die Zuckerprijsbestimmung. Eine Prijsenerhöhung nach Erschöpfung des Inlandskontingents wäre, wie die Eingabe ausführt, unter keinen Umständen zulässig, solange die aus der früheren Kampagne stammenden Vorräte vorhalten, weil diese unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen produziert wurden und zur Deckung des Inlandskonsums jedenfalls ausreichen, obgleich von seiten der Zuckerindustriellen auch in dieser Hinsicht die Sachlage bestritten wird. Was die Prijskalkulation für Zucker der neuen Ernte anlangt, so müßte auch hier im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914 und des bekannten obergerichtlichen Urteils von den tatsächlichen Gesehungskosten ausgegangen werden. Selbst bei Annahme schwieriger Produktionsverhältnisse müßte jedoch eine unbefangene Berechnung ergeben, daß die Gesehungskosten des Rohzuckers neuer Ernte durch den Rohzuckerpreis, wie er zu Anfang der Kampagne 1914 kalkuliert wurde, vollaus gedeckt sind, um so mehr als dieser Rohzuckerpreis später eine namhafte Erhöhung erfahren hat. Im Hinblick darauf ist also auch eine Prijsenerhöhung des Raffinadezuckers neuer Ernte tatsächlich nicht zu begründen und müßte deshalb vom Standpunkte des Konsums auf das entschiedenste abgelehnt werden, zumal selbst eine kleine Erhöhung der Produktionskosten die Rentabilität der Zuckerindustrie nicht im geringsten tangieren würde. Uebrigens kommen die rechnungsmäßigen Grundlagen der Zuckerherstellung, welche aus verschiedenen Gründen nicht genau nachgeprüft werden können, gegenwärtig weit weniger in Betracht als sozialpolitische und kriegswirtschaftliche Momente, da es ja bekannt ist, daß das Zuckertartell die Prijspolitik als Machtfrage auffaßt.

Der Minister sagte eine Würdigung der in der Denkschrift niedergelegten Beweisführung zu und versprach auch, sich diesfalls mit dem Handelsminister ins Einvernehmen zu setzen.